

Ortlieb, Heinz-Dietrich

Article — Digitized Version

Progressiv in Lebenslügen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ortlieb, Heinz-Dietrich (1971) : Progressiv in Lebenslügen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 51, Iss. 11, pp. 560-561

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134323>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Progressiv K in Lebenslügen

Seitdem der Progressivismus zu einer Modeerscheinung geworden ist, der die meisten von uns wenigstens in Worten Reverenz zu erweisen suchen, wollen sie nicht als rückständig erscheinen, ist ein merkwürdiger Wandel des Utopiebegriﬀs eingetreten. Als Utopist gilt heute nicht, wer Unvereinbares verlangt oder wer Ziele propagiert, für welche die Mittel vielleicht niemals vorhanden sein werden. Im Gegenteil! Leute, die solche Forderungen stellen oder sie akzeptieren, werden als zukunftsorientiert angesehen. Man hält gerade sie für geeignet, Reformen voranzubringen. Im Gegensatz zu ihnen gilt jedoch jeder als Utopist, der von Reformern verlangt, gerade im Interesse ihrer erklärten Vorhaben die faktischen Realitäten zu erkennen und für eine breite Öffentlichkeit erkennbar und anerkannt zu machen. — Die Pflege von Lebenslügen ist zur Voraussetzung für den Erfolg in unserem öffentlichen Leben geworden, und die Aussicht auf unmittelbaren persönlichen Erfolg ist der einzige Maßstab für das, was als Realität anerkannt wird. Wir haben an dieser Stelle immer wieder zu zeigen versucht, wie diese Mischung von Irrrealismus und Opportunismus sich in unserer Bundesrepublik entwickelt hat.

Mit der Außenpolitik begann es. Schon wenige Jahre nach Kriegsende bezeichnete ein amerikanischer Besucher Westdeutschlands zutreffend die Wiedervereinigung als die große Lebenslüge des deutschen Volkes.

Die Motivation zu dieser Lebenslüge war — wie es meist zu sein pflegt — recht komplexer Natur. Es handelte sich aber von Anfang an wohl weniger um die Tradition eines nicht mehr zeitgerechten Nationalismus als um jeweils dominierende Interessen einzelner gesellschaftlicher Gruppen und Parteien und vor allem um jenen opportunistischen Politik-Realismus, der glaubt, am besten zu fahren, wenn er auf das Rücksicht nimmt, was er für den nächsten Wählerwillen hält.

Wohl war bei Lage der Dinge das Bekenntnis zur Wiedervereinigung eine Zeitlang selbst eine Trumpfkarte, die in der Außenpolitik einen Wert haben konnte, wenn man sie rechtzeitig für Kompromisse ausspielte. Doch hätte man wissen können, daß diese Karte um so stärker an Wert verlieren mußte, je länger man mit dem Ausspielen wartete. Es spricht vieles dafür, daß der Bundeskanzler mit seiner Ostpolitik die letzte Chance wahrnahm, ehe jene Karte ihren Wert völlig verlor. Dafür fand er bei den potentiellen Wählern, schon ehe er den Nobel-Preis erhielt, offenbar mehr Verständnis als bei der Opposition, die kein realistisches Gegenkonzept in der Außenpolitik überzeugend verständlich machen konnte.

Doch wer wie die Opposition von besonders starkem Mißtrauen gegen den Osten erfüllt ist — mögen seine Bedenken nun ideologischer oder realpolitischer Herkunft sein —, der sollte nicht übersehen, daß die Sicherung gegen den Osten weniger in einer mißtrauischen Ostpolitik als in der unbedingten Bereitschaft liegt, die eigene freiheitliche Gesellschaft für verteidigungswert zu halten und für eine

Verteidigungsbereitschaft auch notwendige Unbequemlichkeiten in Kauf zu nehmen. Auf diese wehrpolitische Ergänzung der Ostpolitik mußte Verteidigungsminister Schmidt erst kürzlich wieder aufmerksam machen.

Als Günter Grass anlässlich der Verleihung des Friedenspreises den Bundeskanzler mahnte, über die Außenpolitik nicht die Innenpolitik zu vergessen, traf er den einzigen unbestreitbar schwachen Punkt unserer neuen Ostpolitik. Denn schon seit längerem hat es den Anschein, als ob Willy Brandt so stark von seiner Außenpolitik absorbiert wird, daß sich für ihn die dubiose innenpolitische Entwicklung auf die demagogische Informationstaktik einer gewissen Presse und die destruktive Kritik der Opposition verkürzt. So hatte sein als diffamierend empfundenes Wort vom Schreibtischtäter weit mehr Berechtigung, als das böse Gewissen der Betroffenen wahrhaben wollte; doch muß, wer wie der Kanzler konstruktiver Täter der politischen Tagespraxis zu sein hat, sich nicht weniger energisch gegen die diffamierende Berieselung der öffentlichen Meinung mit gesellschaftspolitischen Lebenslügen durch sich links gebärdende Journalisten und Politiker zur Wehr setzen, auch wenn diese Leute die derzeitige Bundesregierung etwas freundlicher als ihre Kontrahenten behandeln. — Wie wollen wir weiterkommen, wenn die babylonische Sprachenverwirrung in den Reformdiskussionen und die Diskrepanz zwischen Reformzielen und ihren Realisierungsmöglichkeiten immer größer werden. Denn Geldentwertung und Stagflation sind nicht in erster Linie Importprodukte, sondern mehr noch hausgemachte Symptome einer zerfallenen Gesellschaft. Auch die bestmögliche Wirtschaftspolitik kann hier allein nicht helfen.

Wir können nicht einfach weitermachen wie bisher. Wir können nicht die Vermögensbildung des kleinen Mannes propagieren, solange wir die Geldentwertung nicht in den Griff bekommen. Wir können nicht, wie der DAG-Vorsitzende Hermann Brandt, eine 36-Stunden-Woche und 2 Monate Urlaub proklamieren, wenn es an Leistungskraft an allen Ecken und Enden fehlt. Wir können aus dem gleichen Grunde nicht unsere Schulen und Hochschulen zu einer Spielwiese geistig Halbstarcker werden lassen, die ihre Hauptaufgabe darin sehen, künftige Experten und Politiker zur Leistungsunwilligkeit zu erziehen. Wir können nicht überall gleichzeitig mit Reformen beginnen, die schon deshalb falsch sein müssen, weil sie mangels ausreichender Menschen und Finanzen in den Anfängen steckenbleiben. Wir können nicht weiter so tun, als reichten die Mittel gleichzeitig für öffentliche Investitionen und steigende Realeinkommen aus. Bleibt dies alles so, dann bringen sich die Regierungsparteien (auch wenn es Leo Bauer nicht wahrhaben will) in den Verdacht, daß sie so tun, als ob 2×2 weit mehr als 4 sei.

Bei der Opposition steht es jedoch nicht besser. Auch sie hat außer frommen Sprüchen keine konstruktive Alternative anzubieten. Auch sie wagt nicht, auf einen klaren, allgemein sichtbaren Gegenkurs zu gehen. Der mangelnde Mut, die Fehler der Vergangenheit einzugestehen, hindert sie daran. Auch sie verbleibt im kurz-sichtigen Attentismus eines kurzfristigen Erfolgsrealismus stecken, der sich so stark an das Orakel eines diffusen Wählerwillens gebunden glaubt, daß die Realität der Problemlösungen immer wieder auf der Strecke bleibt.

Die Chance, mit diesem Kardinalproblem unseres demokratischen Staates, das bisher immer wieder als unüberwindliche Barriere vor jeder konstruktiven Politik stand, fertig zu werden, hätte zur Zeit der großen Koalition als Hauptaufgabe gelöst werden müssen. Damals hätte es zur Erkenntnis kommen müssen, daß wir eine Leistungsgesellschaft, gerade weil sie in der Vergangenheit auf falsche Ziele ausgerichtet war, und eine kontinuierliche Zielplanung in Zukunft nötiger haben werden denn je. Inzwischen scheinen die Aussichten, gemeinsam zu einer Stunde der Wahrheit zu kommen, restlos verspielt, und der gesellschaftspolitische Mißerfolg muß jede noch so konstruktiv gemeinte Ostpolitik zu einem fragwürdigen Torso werden lassen.